

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 4

Artikel: Nyerere über Rassismus
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der BRD stehen prozentual weit geringere Mittel für das Schul- und Bildungswesen zur Verfügung als in der DDR. Die Hauptschuld an diesem Mißstand liegt in der unsinnigen militärischen Aufrüstung, welche enorme Geldmittel verschlingt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß anläßlich der letzten Budgetberatung im Bundestag von einem Bildungsnotstand gesprochen wurde. Es fehlt an Lehrern, Schulräumen und Studienplätzen.

Was es in der DDR aber nicht gibt:

1. keine Schund- und pornographische Literatur, dafür lehrreiche, saubere Zeitschriften;
2. keine Boulevardpresse, die Sensationen hochspielt, sondern eine seriöse Information;
3. keine Pop-Jugend und verlauste Gammler;
4. keine Rassendiskriminierung gegen die slavischen Sorben ähnlich der Negerunterdrückung in den USA und Südafrika;
5. keine Inflation, sondern steigender Reallohn;
6. keine Arbeitslosigkeit wie in England und Amerika;
7. keine faschistischen Lehrer, Richter, Offiziere, Generale in vollem Amt;
8. keine Nazi-Minister, Staats- und Ministerpräsidenten, wie diese jahrelang in Bonn am Ruder waren.

Wann endlich kommt unser Bundesrat seinem Auftrag zur Wahrung der Neutralität nach und anerkennt die Realität der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik? Mit allen faschistischen Ländern — Spanien, Portugal, Griechenland — unterhält er diplomatische Beziehungen, aber noch nicht mit der souveränen, friedliebenden DDR, welche seit zweiundzwanzig Jahren existiert (zehn Jahre mehr als das Tausendjährige Reich).

A. Richard

Nyerere über Rassismus

Es ist eigentümlich, daß der Rassismus-Artikel Nyereres, der bei den Delegierten der britischen Commonwealth-Konferenz in Singapur (Januar 1971) zirkulierte, in unserer Presse kaum zitiert wurde, nachdem doch der britische Vorsatz, Südafrika weiter Waffen zu liefern, überall so eifrig diskutiert wurde. Dabei erfährt der Begriff des Rassismus in Nyereres Artikel, den wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen, eine einmalig klare Darstellung, beginnend mit der Tatsache, «daß in Südafrika vier Fünftel der Bürger politischer und wirtschaftlicher Macht beraubt sind und daß sie Tag für Tag, in jeder Lebenssphäre, zurückgestellt, gedemütigt und benachteiligt werden.»

«Massenverschickungen Nicht-Weißer von einem Landesteil in einen

ändern, Berufsbeschränkungen, die Nicht-Weiße von allen, außer den niedrigsten Verrichtungen ausschließen, Kontrolle der Zuwanderung (influx-control) derzufolge nur der Arbeitnehmer, nicht aber seine Angehörigen Zugang zu den Gebieten der Weißen hat, was natürlich die Familien der Schwarzen auseinanderreißt, das Paß-System, die Zuteilung von 13 Prozent des Landes an 70 Prozent der Bevölkerung — wobei 2 Millionen Mischlinge und 600 000 Inder überhaupt kein Land besitzen dürfen — alle diese Maßnahmen zusammen wirken sich aus als eine Tyrannei, die nirgends in der Welt ihresgleichen hat.

Es ist eine Tyrannei, die ausschließlich auf Rasse begründet ist, durch Rassengesetze aufrecht erhalten und durch brutale Beamte in die tägliche Praxis umgesetzt wird, eine Praxis, die man nach den Erfahrungen mit Nazideutschland nicht mehr für möglich halten würde. Es bedeutet, daß das südafrikanische Regime mit der Mehrheit der Bevölkerung, genauer gesagt mit etwa 83 Prozent des eigenen Volkes in Kriegszustand lebt und daß diese 83 Prozent sich damit abzufinden haben, ob sie wollen oder nicht. Dies erklärt, warum die Nationen des afrikanischen Kontinentes dem südafrikanischen Regime in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber stehen.

Wenn wir auch selbst in freien Staatswesen leben, können wir uns nicht abfinden mit einem System, das bestreitet, daß wir Menschen sind, indem es unseren Brüdern in Südafrika ein menschliches Dasein nicht zubilligen will, auf Grund von Eigenschaften, die auch die unsrigen sind. Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, daß Premierminister Vorster vor der öffentlichen Meinung der Welt auf die Anklagebank kommt und daß er verurteilt wird.

Das Problem, das uns an dieser Konferenz gestellt ist, besteht darin, unsere Interessen, die sich kreuzen, zum Übereinstimmen zu bringen. Wir Afrikaner glauben, daß sie versöhnt werden können, daß wir Großbritanniens Verteidigungsnotwendigkeiten anerkennen können, falls Großbritannien unsere unveränderliche Feindschaft gegenüber Südafrika akzeptiert. Wenn jedoch Großbritannien nicht bereit ist, diese Interessen zu versöhnen, wenn Waffenlieferungen an Südafrika ihm mehr bedeuten als die Interessen seiner Commonwealth-Partner, dann liegt die Verantwortung für die Schädigung des Commonwealth und für die Feindschaft Afrikas gegenüber Großbritannien klar zutage. Die britische Regierung wird sie tragen müssen.

Wir können unsere Interessen versöhnen, wenn beide Teile es wünschen und wir in Tanzania wünschen es. Ich plädiere für Freundschaft mit Großbritannien, weil sie uns viel bedeutet. Doch unseren Widerstand gegen Rassismus können wir und wollen wir für nichts in der Welt aufgeben.

Es ist den Afrikanern und anderen Gegnern des Rassismus gelungen, der Welt einigermaßen begreiflich zu machen, welch üble Sache Apart-

heid ist und wie notwendig internationaler Druck dem Südafrika-Regime gegenüber.

Die Unterstützung der Vereinten Nationen für ein Waffenembargo ist ein Teil dieses Erfolges, wie andererseits die Unvollständigkeit dieses Embargos klar macht, wie viel noch zu tun bleibt.»

Wir wissen, daß Mr. Heath sich nicht überzeugen ließ und auf weiteren Waffenlieferungen an Südafrika besteht.

Als Illustration weiterer Schritte in dieser Angelegenheit mag die Warnung U Thants an Südafrika gelten, die am 22. März erging. Laut NZZ (Nr. 137) sagte er an einer Sitzung des UNO-Sonderausschusses, der über die Situation in Südafrika berät, wenn Pretoria seine Politik der «Apartheid» nicht revidiere, bleibe keine Wahl für die Weltorganisation, als die politische und wirtschaftliche Isolierung Südafrikas zu betreiben. Als «ersten Schritt» einer Revision der Politik Pretorias forderte U Thant die Freilassung aller in Südafrika wegen ihrer Opposition gegen die Politik der Apartheid inhaftierten Personen. Die Politik Südafrikas sei zurzeit eine «schwere Bedrohung von Frieden und Sicherheit» auf dem afrikanischen Kontinent. Der Generalsekretär wiederholte seinen Appell an alle Staaten der Welt, keine Waffen nach Südafrika zu liefern. Red.

Transkei — eine südafrikanische Tragödie

Die Leser der «Neuen Wege» wissen, wie das südafrikanische Apartheid-Regime die soziale Ordnung in seinem Lande interpretiert. Nach dieser offiziellen Darstellung der nationalistischen Regierung gäbe es zwei Südafrika — eines, in welchem die Weißen ausschließlich Wohnrecht und überhaupt alle Rechte genießen, und ein anderes, die sogenannten Reservate (reserves), wo die Schwarzen ihr Eigenleben führen können. Das Gebiet der Weißen, wo die Nicht-Weißen also nur geduldet sind, macht flächenmäßig 88 Prozent der Südafrikanischen Republik aus, und es leben darin 6 Millionen Schwarze (außerhalb der Städte), 1,5 Millionen Mischlinge und 3 Millionen Weiße, während die restlichen 12 Prozent (die Reservate) von 5 Millionen Schwarzen bewohnt werden. Das Südafrika der Weißen, ein zusammenhängendes Gebiet, enthält sozusagen alle natürlichen Reichtümer und Hilfsmittel, ist fruchtbar und bietet offenbar dank der Arbeit aller Südafrikaner einen sehr hohen Lebensstandard — für die Weißen. Die Reservate, auch «Bantu homelands» genannt, zerfallen in etwa 260 kleine, voneinander getrennte, über ganz Südafrika zerstreute Flecken Erde. Sie sind die ländlichen Slums, unterentwickelt, weitgehend erodiert, ausgeschwemmt, weil sie überbevölkert sind; ohne Energiequellen und Verkehrswege, wie auch ohne Industrien und daher